



Protokoll der 34. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. April 2016, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Jeitziner Karin, Kaufmann Lisette und Mundschin Patrick

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

- | | |
|---|-------------------------|
| <i>Das Postulat „Rathausstrassen-Sponsoring“ (Nr. 2014/156) wird nach der Vorlage „Rathausstrassen-Erneuerung“ (Nr. 2016/236) behandelt.</i> | 2014/156 2016/236 |
| 1. Protokoll der Sitzung vom 16. März 2016 <i>://: Das Protokoll vom 16.03.2016 wird einstimmig genehmigt</i> | - - |
| 2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Wahl von Marianne Quensel (SP) als Büromitglied und von Patrick Mägli (SP) als BPK-Mitglied sowie Fabian Eisenring (SP) als FIKO-Mitglied.</i> | 2016/237 |
| 3. Fairness-Initiative - Formulierte Initiative (Gemeindeinitiative) für eine faire Kompensation der EL-Entlastung „Fairness-Initiative“ <i>://: Die Gemeindeinitiative wird einstimmig bei 1 Enthaltung beschlossen. ://: Einstimmig wird der Stadtrat ermächtigt, die Initiative notwendigenfalls zurückzuziehen. ://: Die Gemeinde Reinach wird einstimmig als federführende Gemeinde bezeichnet.</i> | 2016/238 |
| 4. Quartierplanvorschriften Tiergartenstrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission; 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Einstimmig werden die Quartierplanvorschriften Tiergartenstrasse beschlossen.</i> | 2015/212 2015/212a |
| 5. Quartierplanvorschriften Oristalstrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission; 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Der Rat beschliesst einstimmig die Quartierplanvorschriften Oristalstrasse.</i> | 2015/221 2015/221a |
| 6. Entwicklungs- und Finanzplan 2016-2020 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission, Bau- und Planungskommission sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission <i>://: Der Rat nimmt einstimmig den EP 2016-2020 sowie den Stellenplan zur Kenntnis.</i> | 2015/204 2015/204a-c |

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 7. | Fragestunde <i>Vom Stadtrat werden 8 Fragen beantwortet.</i> | - |
| 8. | Jugendleitbild der Stadt Liestal - Berichte Stadtrat sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission <i>://: Das Jugendleitbild wird einstimmig zur Kenntnis genommen.</i> | 2015/219 2015/219a |
| 9. | Prüfung Leistungsverträge der Abteilungen Sozialberatung und Jugend/Alter/Integration/Gesundheit - Bericht Geschäftsprüfungskommission <i>://: Vom GPK-Bericht wird einstimmig Kenntnis genommen.</i> | 2016/241 |
| 10. | Reservoir Auf Berg - Instandsetzung/Teilersatz von Reservoir Auf Berg <i>://: Die Vorlage wird einstimmig an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i> | 2016/236 |
| 11. | Rathausstrassen-Erneuerung - Kreditvorlage „Neue Rathausstrasse“ <i>://: Die Kreditvorlage wird einstimmig an die BPK überwiesen.</i> | 2016/239 |
| 12. | Rathausstrassen-Sponsoring - Bericht Stadtrat zum Postulat „Sponsoring für unsere Rathausstrasse“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion <i>://: Der stadträtliche Bericht Nr. 2014/156a wird an die BPK überwiesen.</i> | 2014/156 2014/156a |
| 13. | Quartierplan Hanro-Areal <i>://: Die Vorlage wird einstimmig an die BPK überwiesen.</i> | 2016/240 |
| 14. | Wahlbüroöffnungszeiten - Postulat „Anpassung der Öffnungszeiten des Wahlbüros“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Diego Stoll der SP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird an den Stadtrat überwiesen und nach der Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat vom Rat als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2016/227 |
| 15. | Umfahrungsstrasse A22 - Interpellation von Anna Ott der Grünen Fraktion zur Umfahrungsstrasse: Prüfung und Planung von alternativen, umwelt- und menschenverträglichen Linienführungen <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/228 |
| 16. | Streetworkout-Anlage - Postulat „Streetworkout-Anlage auch in Liestal?“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/229 |
| 17. | Petition „Bahnhofumbau: Hindernisfreier und sicherer Zugang zum Bahnhof und Durchgang zum Stadtzentrum aus dem Oristal, dem Tiergarten-/Sichternquartier und dem Wiedenhub“ der SP Liestal“ <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/233 |
| 18. | Ladenmix - Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Attraktive Ladenmix im Stedtli“ von Diego Stoll namens der SP-Fraktion, Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion, Beat Gränicher namens der SVP-Fraktion sowie Lisette Kaufmann namens der Grünen Fraktion <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2014/162 2014/162a |

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 19. | Verlauf Einwohnerratsgeschäfte - Bericht Stadtrat zum Postulat von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnerratsgeschäfte in die Liestaler Webseite <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2015/183 2015/183a |
| 20. | Abfallbeseitigung/-vermeidung - Schriftliche Beantwortung der Interpellation „Neue Möglichkeiten zur Abfallbeseitigung und -vermeidung“ von Roman Schmied der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/230 2016/230a |
| 21. | Parkplätze Brodtbeckareal - Beantwortung der Interpellation „Parkplätze Brodtbeckareal“ von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/231 |
| 22. | Büchelistrasse - Beantwortung der Interpellation „Durchgangsverkehr Büchelistrasse“ von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i> | 2016/234 |

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Einwohnerratssitzung.

In einer Gedenkminute wird dem am 12. März 2016 verstorbenen Jürg Wüthrich sel. gedacht. Der Verstorbene war von 1972 - 1975 Mitglied des Einwohnerrates, von 1976 - 1986 Stadtratsmitglied und von 1987 - 1996 Stadtpräsident.

Die GPK hat die Stille Wahl von Stadtpräsident Lukas Ott für die neue Amtsperiode 2016 - 2020 erwahrt und seit heute ist seine Wahl amtlich. Ihm wird zur Wahl gratuliert, viel Erfolg für die nächsten 4 Amtsjahre gewünscht und ein Blumenstrauss der Grünen Fraktion überreicht.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert über einige Punkte aus der letzten Bürositzung sowie Neuigkeiten:

- Die Rechnung 2015 (Vorlage Nr. 2016/235) ist vom Büro der FIKO zur Vorberatung überwiesen worden. Dieses Geschäft wird auf die Sitzung vom 22. Juni 2016 traktandiert.
- Vizepräsident Beat Gränicher nimmt bis am heutigen Abend noch Anmeldung für den Einwohnerratsausflug vom 20. Mai 2016 entgegen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, orange
- Einladung zu Amtsjahr-Schlussessen vom 22. Juni 2016
- Einladung zu Informationsveranstaltung „Bahnhofcorso“ vom 25. Mai 2016
- Vorlagen Nr. 2016/242 - Nr. 2016/247

Neue persönliche Vorstösse

- Rosenstrasse - Postulat „Tempo 30 in der Rosenstrasse“ von Lisette Kaufmann, Michael Durrer und Roman Schmied der Grünen Fraktion (Nr. 2016/242)
- Mobilfunkkommunikationsanlagen - Kleine Anfrage „Leistungserhöhung Mobilfunkkommunikationsanlagen - Einhaltung der Grenzwerte?“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/243)
- Schleifenwuhweg - Kleine Anfrage „Sanierung Schleifenwuhweg, Parz. 1265“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2016/244)
- Städtepartnerschaft - Postulat betreffend einer Städtepartnerschaft „Von Stadt zu Stadt“, um die Flüchtlingskrise zu entschärfen von Anna Ott der Grünen Fraktion (Nr. 2016/245)
- Plakatierung - Interpellation betreffend Plakatierung von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2016/46)
- Katasterschätzungen - Interpellation „Aktualisierung der Katasterschätzungen / Bewertung der Liegenschaften“ von Max Schäublin der FDP-Fraktion (Nr. 2016/247)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Werner Fischer (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bernhard Bonjour (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Erklärungen von Ratsmitgliedern oder Fraktionen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Franz Kaufmann macht auf die zwei Informationsveranstaltungen betreffend der Vernissage des Wettbewerbes Post / Allee vom 09. Mai 2016 sowie Quartierplanung Bahnhofcorso vom 25. Mai 2016 aufmerksam, zu welchen die Ratsmitglieder bereits eingeladen wurden.

Traktandenliste

Hans Rudolf Schafroth (SVP) stellt den Antrag, dass sein Postulat „Rathausstrassen-Sponsoring“ (Nr. 2014/156) als 11. Traktandum behandelt wird. Dies im Anschluss an die stadträtliche Vorlage „Rathausstrassen-Erneuerung“ (Nr. 2016/239), in welcher vom Stadtrat ein Kredit von 4 Mio. Franken beantragt wird. Die Kosten für die neue Strassenoberfläche machen rund einen Viertel aus, welche gemäss seinem Vorstoss mit einem aussergewöhnlichen Sponsoring mitfinanziert werden könnten. Die beiden Geschäfte gehören zusammen und sollen an der heutigen Sitzung gleich nacheinander behandelt werden.

Ott Anna (GL) erklärt, ihre Fraktion ist der Meinung, dass dieses Geschäft nicht dringlich behandelt und auf der Traktandenliste nach vorne verschoben werden müsste. An der nächsten Ratssitzung dürfte der BPK-Bericht zur Rathausstrassen-Erneuerung vorliegen und dann könnte das Postulat betreffend dem Rathausstrassen-Sponsoring immer noch behandelt werden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass sich keine weiteren Ratsmitglieder zum Traktandenlisten-Änderungsantrag äussern möchten.

://: Mit deutlichem Mehr wird dem Traktandenlisten-Änderungsantrag zugestimmt und das Postulat Nr. 2014/156 „Rathausstrassen-Sponsoring“ als 11. Traktandum behandelt.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 13. April 2016 mit der beschlossenen Änderung einstimmig behandelt.

352 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Sitzung vom 16. März 2016

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung eingegangen sind. Sie kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Protokoll der Ratssitzung vom 16. März 2016 genehmigt.

353 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2016/237)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass betreffend dem Wahlgeschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass die Wahlen gesamthaft und offen vorgenommen werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SP-Fraktion werden einstimmig folgende Ratsmitglieder gewählt:

Büro des Einwohnerrates (Büro)

- Quensel Marianne (SP) anstelle von Mägli Patrick (SP) als Büro-Mitglied

Bau- und Planungskommission (BPK)

- Mägli Patrick (SP) anstelle von Eisenring Fabian (SP) als BPK-Mitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Eisenring Fabian (SP) anstelle von Quensel Marianne (SP) als FIKO-Mitglied

354 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Fairness-Initiative - Formulierte Initiative (Gemeindeinitiative) für eine faire Kompensation der EL-Entlastung „Fairness-Initiative“ (Nr. 2016/238)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten im Rat unbestritten ist.

Stadtpräsident Lukas Ott meint, zum Thema Fairness-Initiative sei schon viel geschrieben und geredet worden. Mit der neuen Pflegefinanzierung sind die Gemeinden stärker in die Pflicht genommen und finanziell belastet worden, was zu einer Entlastung des Kantons geführt hatte. Absicht der neuen Gesetzgebung war es jedoch, dass diejenigen Bewohnerinnen und Bewohner eine finanzielle Entlastung erfahren, welche Pflegedienstleistungen beanspruchen. Die Korrektur bezüglich dem Ergänzungsleistungsgesetz und Finanzausgleichsgesetz zu Gunsten eines besseren Gleichgewichts zwischen Kanton und Gemeinden ist vom Landrat bereits beschlossen worden. Etwas überrascht hatten die Gemeinden zur Kenntnis genommen, dass ihnen vom Kanton nur ein Drittel der geschuldeten Summe der Jahre 2011 - 2015 ausgerichtet werden soll. Für Liestal beläuft sich dieser Betrag auf rund TCHF 750 pro Jahr. Es geht nun nicht um moralische, sondern um politische Fragen. Die Begründung des Kantons betreffend seiner Beitragskürzungen an die Gemeinden mit der schlechten Finanzlage trägt natürlich nicht zu einem besseren Zusammengehen der Gemeinden mit dem Kanton bei. Die Gemeindeinitiative ist von Liestal mitlanciert worden und er geht davon aus, dass eine Mehrheit der Gemeinden diese unterstützen und mitunterzeichnen wird. Liestal wird formell als erste Gemeinde über die Fairness-Initiative abstimmen und er bittet die Ratsmitglieder, dieser zuzustimmen.

Roman Schmied (GL) führt aus, dass der Kanton tatsächlich kein Geld mehr habe und insolvent ist, was dieser nun durch Andere ausbaden lassen möchte, welche sich am wenigsten wehren können. Seine Fraktion wird der Initiative zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt, die Zustimmung zur Gemeindeinitiative sei in der Mittefraktion unbestritten. Das Verhältnis der Gemeinden zum Kanton gibt in den letzten Jahren schon Anlass zu Bedenken, müssen doch die Gemeinden mit solchen Initiativen vermehrt auf ihre Rechte pochen. Auch im vorliegenden Fall wird schlussendlich der Steuerzahler die Rechnung bezahlen müssen, dabei ist es eigentlich nicht von Relevanz, ob er dies mit der Bezahlung von Gemeinde- oder Staatssteuern tun wird.

Peter Küng (SP) legt dar, dass auch die SP-Fraktion den Stadtrat in seinen Bemühungen unterstützen und den Anträgen zustimmen wird. Der Kanton muss und soll ein fairer Verhandlungs- und Vertragspartner bleiben. Im vorliegenden Fall kann man nicht von einer Sparübung, sondern wohl eher von einer Kostenverlagerung sprechen.

Thomas Eugster (FDP) führt aus, dass die Gemeindeinitiative absehbar war, was auch dem Landrat schon bewusst war. Den Gemeinden ist vom Kanton auch eine faire Kompensation versprochen worden. Die Finanzen des Kantons sind tatsächlich sehr schlecht und das strukturelle Defizit in dreistelliger Millionenhöhe pro Jahr bedarf verschiedener Massnahmen, doch wäre eine Steuererhöhung sicher ein falsches Signal. Bei der ganzen Umschichtung des Finanzausgleichs hatte man den Verteilschlüssel betreffend den Ergänzungsleistungen geändert, wobei die Ergänzungsleistungen stärker als die Steuereinnahmen gestiegen sind. Tendenziell dürften aber die Gemeinden mit der Umschichtung eine Entlastung erfahren. So ganz schwarz-weiss kann man es auch im vorliegenden Fall nicht sehen, zumal vom Kanton mit bereits beschlossenen Gesetzesanpassungen ein besseres Gleichgewicht zwischen Kanton und Gemeinden angestrebt wird. Aus Gemeindesicht ist natürlich klar, dass man auf die Einhaltung von Versprechen des Kantons pocht. Auch die FDP-Fraktion wird die Ge-

meindeinitiative grossmehrheitlich unterstützen. Bei der Urnenabstimmung durch das Volk müsste man dann doch besser hinschauen und abwägen, welches für die Bürger die beste Lösung sein wird.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt Bezug auf das Votum seines Vorredners und findet es richtig und wichtig, dass man bei diesem Geschäft eine Gesamtopitik einnimmt. Er selbst ist ja nicht nur Einwohner der Stadt Liestal, sondern auch Einwohner des Kantons Baselland. Mit grossem Interesse und teilweise auch mit Bangen beobachtet er die finanzielle Entwicklung des Kantons und so hat er als Kantonseinwohner alles Interesse daran, dass dieser einen ehrlichen Finanzaushalt ausweist. Dies ist nötig und wichtig, wenn der Kanton glaubwürdig sein möchte. Indem dieser aber seinen Verpflichtungen mit irgendwelchen Tricks und Kniffs nicht nachkommen möchte, wird doch schlussendlich auch die tatsächliche Finanzsituation des Kantons verschleiert. In einem zweiten Bereich wird ja im Moment virtuos versucht, einen transparenten Finanzhaushalt zu verhindern, indem man eine Art Parallelbuchhaltung im Zusammenhang mit den BLPK-Verpflichtungen aufbaut. Kanton und auch Gemeinden sind ihren Einwohnern gegenüber verpflichtet, transparent und ehrlich zu informieren.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie deshalb über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt.

- ://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig bei 1 Enthaltung die formulierte Gemeindeinitiative für eine faire Kompensation der EL-Entlastung «Fairness-Initiative» gemäss § 49 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft in Verbindung mit § 47 Abs. 1 Ziff. 17 des Gemeindegesetzes zu unterstützen.
- ://: Einstimmig wird der Stadtrat ermächtigt, die Initiative notwendigenfalls zurückzuziehen.
- ://: Die Gemeinde Reinach wird einstimmig als federführende Gemeinde bezeichnet.

355 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplanvorschriften Tiergartenstrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission, 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2015/212)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Geschäft ist in einer 1. Lesung an der Sitzung vom 16. März 2016 bereits einmal beraten worden.

Pascal Porchet (FDP) legt dar, dass er nach der ersten Lesung keine neuen Erkenntnisse habe. Wichtig ist aber doch, dass man beim vorliegenden Geschäft über den QP-Rand hinaus schaut und deshalb beispielsweise die im BPK-Bericht erwähnte Verkehrszählung Präjudiz haben sollte. Liestal wächst und die QP's sind Verursacher und der Treiber für dieses Wachstum. Vor allem beim QP Tiergarten hatte man in der BPK verschiedene Erschließungsfragen thematisiert. Auch bei künftigen solchen Planungen müsste man der Verkehrsentwicklung des Schnell- und Langsamverkehrs die gebührende Beachtung schenken. Die Anliegen der Bewohner im betreffenden Gebiet müssen ernst genommen und diese gegebenenfalls mit Lenkungsmaßnahmen entschärft werden. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der BPK einstimmig zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum des Vorredners und meint, dass eine verdichtete Bauweise an der Peripherie nicht Schule machen sollte. Die Mittelfraktion wird den Anträgen zustimmen.

Markus Rudin (SVP) gibt bekannt, auch seine Fraktion werde den Anträgen zustimmen. Der Einwohnerrat hatte sich für eine verdichtete Bauweise im Grundsatz entschieden und betreffend den diesbezüglichen Folgen müssen nun halt gegebenenfalls Massnahmen getroffen werden.

Stadtrat Franz Kaufmann nimmt Bezug auf die verschiedenen Voten und stellt fest, dass dem Wunsch für ein weniger verdichtetes Bauen an der Peripherie wohl schlecht nachgekommen werden kann, hat es doch gerade dort noch Landreserven für grössere Überbauungen. Man ist sich der Erschließungsproblematik durchaus bewusst und schlussendlich müssen alle Verkehrsteilnehmer aneinander vorbeikommen. Bei der letzten Zonenplanrevision hatte man die verdichtete Bauweise unterstützt und beschlossen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt, welche von der BPK ebenfalls zur Genehmigung beantragt werden.

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Quartierplanvorschriften Tiergartenstrasse, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 20. Oktober 2015 und dem Situationsplan/Schnittplan 1:500 vom 20. Oktober 2015.

356 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierplanung Oristalstrasse - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2015/221)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Geschäft ist in einer 1. Lesung an der Sitzung vom 16. März 2016 bereits einmal beraten worden.

Bernhard Bonjour (SP) bemerkt, die SP-Fraktion werde weiterhin die Anträge des Stadtrates und der BPK unterstützen. Bezugnehmend auf das Votum der Mittefraktionssprecherin vom 16. März 2016 möchte er festhalten, dass auch in einer Kommissionssitzung gemachte Zusicherungen verbindlich sein sollten, andernfalls müsste dies öffentlich gemacht werden.

Markus Rudin (SVP) unterstreicht das Votum seines Vorredners, da anscheinend nicht alle Mieter über die von den Investoren zugesicherten Zusicherungen verfügen. Seine Fraktion wird den Anträgen einstimmig zustimmen.

Pascal Porchet (FDP) bemerkt, auch seine Fraktion wird die Anträge des Stadtrates und der BPK einstimmig unterstützen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die stadträtlichen Anträge abstimmen lässt, welche von der BPK ebenfalls zur Genehmigung beantragt werden.

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Quartierplanvorschriften Oristalstrasse, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 30. Oktober 2015 und dem Situationsplan/Schnittplan 1:500 vom 30. Oktober 2015.

357 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Entwicklungs- und Finanzplan 2016-2020 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission, Bau- und Planungskommission sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (Nr. 2015/204)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert, dass das Büro dieses Geschäft mit folgendem Ablauf behandeln möchte:

- a) *Eintreten*
- b) *Bericht FIKO (Nr. 2015/204a)*
- c) *Bericht BPK (Nr. 2015/204b)*
- d) *Bericht SBK (Nr. 2015/204c)*
- e) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- f) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung*
- g) *Einzelredner: Stellungnahmen*
- h) *Anträge*

a) Eintreten

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden und das Eintreten unbestritten ist.

b) Bericht FIKO (Nr. 2015/204a)

Daniel Spinnler (FDP) nimmt Bezug auf den FIKO-Kommissionsbericht und hält das Präsident die wichtigsten Punkte fest: Die FIKO hatte sich mit verschiedenen Schwerpunktthemen befasst, die unter Punkt 2 des Kommissionsberichtes aufgelistet sind. Im Zusammenhang mit den Plausibilisierungen sind die stadträtlichen Annahmen für die FIKO nachvollziehbar und plausibel. Einmal mehr wurde die demographische Entwicklung von Liestal auch in der Kommission eingehend beraten und für einen Teil der Kommission ist der prognostizierte Bevölkerungszuwachs des Stadtrates zu optimistisch. Für den Werterhalt werden CHF 4 Mio. benötigt und bei einer Selbstfinanzierung von durchschnittlich CHF 2,4 Mio. wird das Fremdkapital zunehmen, damit die geplanten Investitionen und Amortisationen werden können. Die Entwicklung verschiedener Kennzahlengrößen ist in den beiden Grafiken auf Seite 3 des Kommissionsberichtes abgebildet. Mit den Steuererträgen ist die FIKO grossmehrheitlich einverstanden, doch sind diese sehr stark vom Bevölkerungswachstum abhängig. Beim Finanzausgleich wird Liestal von einer Nehmergemeinde neu zu einer Gebergemeinde. Sorge bereitet natürlich die Entwicklung im Sozialhilfekosten-Bereich, doch sollen diese anscheinend etwas konstanter werden, sofern das Massnahmenpaket greifen wird. Auf Wunsch der FIKO ist vom Stadtrat zum Basisszenario und alternativen Massnahmen berichtet worden. Da die Zahlen noch nicht aufgearbeitet sind, konnten auch die Spezialfinanzierungen nicht vertieft betrachtet werden. Die FIKO kann sich mit den Zielsetzungen und der Strategie des Stadtrates grundsätzlich einverstanden erklären und wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

c) Bericht BPK (Nr. 2015/204b)

Diego Stoll (SP) erklärt als BPK-Präsident, dass die stadträtliche Vorlage von der Kommission an drei Sitzungen beraten wurde. Sämtliche Fragen der BPK wurden vom Stadtrat und der Verwaltung zur vollsten Zufriedenheit beantwortet. Bei der Schulraumplanung hat man bezüglich den Bevölkerungswachstum-Annahmen eine Punktlandung erreicht und auch bezüglich der Finanzierbarkeit und Terminierung sowie Planung der verschiedenen Schulhausprojekte war man mit den Ausführungen und Antworten zufrieden. Dank dem umfassenden Kunstbauten-Inventar kann man davon ausgehen, dass sich keine versteckten Schulden aufbauen. Externe Einflüsse wie beispielsweise die Sanierung der Kantonalbank-Kreuzung durch den Kanton usw. sind natürlich nicht beeinfluss- und planbar. Der Entwicklungsplan der nächsten Jahre überzeugt die BPK und somit wird man den stadträtlichen Anträgen auch zustimmen.

d) Bericht SBK (Nr. 2015/204c)

Verena Baumgartner (GL) informiert als SBK-Präsidentin darüber, dass sich die Kommission erklären liess, welche Massnahmen getroffen werden, damit die Sozialhilfekosten auf CHF 12 Mio. gehalten werden können. Natürlich ist man gespannt, was die 28 Einzelmassnahmen bewirken werden. Wegen der demographischen Entwicklung wird zusätzlicher Schulraum benötigt und mit der Sanierung von bestehenden Gebäuden wird es teilweise unumgänglich sein, dass Schüler kurz- und mittelfristig in anderen Schulhäusern untergebracht werden müssen. Diesbezüglich empfiehlt die SBK, dass die Schulwegsicherheitsmassnahmen überprüft und gegebenenfalls Massnahmen frühzeitig eingeleitet werden können.

e) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die Beratung und Würdigung des Strategiepapieres EP 2016-2020. Gerade in den nächsten 3 Jahren werden die Herausforderungen etwas grösser als üblich sein, doch dann sollte es zu einer Trendwende kommen. Der EP lebt als Planungsinstrument von einer rollenden Planung und konstanten Annahmen, deren Grundlagen wiederum basierend auf Prognosen und Statistiken angepasst werden müssen. Im Zusammenhang mit den Steuerprognosen ist der Stadtrat halt beispielsweise etwas konservativer und zurückhaltender als einige Ratsmitglieder hier im Saal. Wichtig ist aber, dass ein Dialog zwischen dem Einwohnerrat und Stadtrat möglich ist, bei welchem die Annahmen plausibilisiert werden können. Die Sozialhilfe-Kostenentwicklung bereitet schon Sorgen und man hofft natürlich, dass die definierten Gegenmassnahmen greifen werden. Auch braucht es eine Aufwertung des Steuersubstrates mit einem Bevölkerungswachstum, damit die einzelnen Steuerzahler nicht mehr belastet werden müssen. Im Zusammenhang mit den Quartierplanungen ist ein starker Fokus und eine Verdichtung nach Innen spürbar. Dies ist auch sinnvoll und wichtig, denn neue Erschliessungen am Siedlungsrand hätten viel höhere Erschliessungskosten zur Folge und damit können auch Grundstücke entwickelt werden, welche eigentlich schon sehr gut erschlossen sind. Bei den Schulbauten müssen grössere Investitionen getätigt werden und führt zu einem grösseren Kapitalbedarf. Es gab immer wieder Phasen mit einem erhöhten Fremdkapitalbedarf und dieser wird ja auch inklusive BLPK-Verpflichtung ausgewiesen. Der Verzinsung des Fremdkapitals muss die gebührende Beachtung geschenkt werden und so hat man im Bereich der BLPK-Schuld von rund CHF 15 Mio. einen extrem vorsichtigen Weg eingeschlagen, indem das Geld auf 40 Jahre mit 3 Prozent angebonden werden konnte. Kurz- und Mittelfristig kann beispielsweise Geld zu sehr günstigen Konditionen von 0,3 % für Jahre aufgenommen werden. Bei so günstigem Kapital sollte man theoretisch noch mehr investieren, doch darf man sich nicht zu einer gar zu grossen Euphorie verleiten lassen.

f) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Peter Küng (SP) dankt für die ausführlichen und guten Berichte der vorberatenden Kommissionen. Die FIKO hatte sich hauptsächlich mit der Entwicklung der Bevölkerungszahlen sowie den Einnahmen und Ausgaben der nächsten Jahre befasst. Stadtrat und Verwaltung arbeiten mit transparenten und nachvollziehbaren Szenarien. Seine Fraktion unterstützt auch weiterhin die Vorwärtsstrategie des Stadtrates. Die Bemühungen und Massnahmen betreffend den Sozialhilfekosten werden hoffentlich fruchten. Gemäss einem Zwischenbericht vom letzten November musste man davon ausgehen, dass die Rechnung 2015 mit einem Mehraufwand von CHF 2,2 Mio. abschliesst, schlussendlich war das Ergebnis aber rund CHF 2,5 Mio. besser. Für eine noch bessere Steuerung und Intervention macht es gegebenenfalls mehr Sinn, wenn man das letzte beschlossene Budget zum Vergleich nimmt, ist doch beispielsweise im EP 2016-2020 das Budget 2015 nicht mehr aufgeführt. Bei den Investitionen wirkt sich natürlich insbesondere die Sanierung der Frenken-Schulanlage aus, doch dies ist eine gute Investition für die Zukunft und ebenfalls ein wichtiges Zeichen für die Entwicklung und Vorwärtsstrategie Liestals. Die SP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Bruno Imsand (FDP) bemerkt, auch die FDP-Fraktion wird die Anträge einstimmig unterstützen. Persönlich möchte er den Mitarbeitenden der Verwaltung danken. Auch hat er Vergleiche mit anderen Entwicklungsplänen im Kanton angestellt und man darf schon auch feststellen, dass Liestal eine der wenigen Gemeinden mit Kontinuität ist. Er frage sich aber schon, ob der Entwicklungsplan wirklich von 3 vorberatenden Kommissionen behandelt werden muss und diese Frage sollte sich das Büro vielleicht nächstes Jahr nochmals stellen. Auch dankt er der BPK für die Wissensvermittlung, dass wir in Liestal keine versteckten Schulden haben. Politisch erwartete seine Fraktion, dass die Schulden von CHF 50 Mio. nicht noch bis auf CHF 100 Mio. ansteigen, denn dies könnten wir uns selbst bei tiefen Zinssätzen nicht erlauben. Spätestens beim nächsten EP müsste der Umgang mit den Schulden thematisiert werden und Lösungen wie beispielsweise der Verkauf von nicht benötigten Aktiven usw. diskutieren. Seine Fraktion behält sich vor, eigene Vorschläge zu unterbreiten, sollten diese vom Stadtrat nicht selbst zusammen mit dem EP 2017-2021 thematisiert werden. Die Sozialhilfekosten sollen bei CHF 12,5 Mio. eingefroren werden und man wird die weitere Entwicklung sowie Massnahmen der Politik und auch Verwaltung abwarten. Im Jahr 2020 soll die Bevölkerung um 1'400 Personen zunehmen, was vermutlich ein Wunschdenken ist, vergleicht man die statistischen Zahlen aus der Vergangenheit. Und sollten sich die Prognosen schlussendlich doch bewahrheiten, so würde er das Versprechen einlösen und an einer ersten Ratssitzung im 2021 das Lied „Grosser Ott wir loben dich“ anstimmen.

Roman Schmied (GL) führt aus, seine Fraktion finde die Informationen einer Mehrjahresplanung gemäss Entwicklungsplan wertvoll. Im Zusammenhang mit den Investitionen taucht immer wieder die Zahl von CHF 50 Mio. als Schuldenobergrenze auf und für diesen Parameter fehlt jegliche Grundlage. Eine sinnvolle Schuldenobergrenze wird vom Kanton so definiert, dass diese bei 150 % der jährlichen Steuereinnahmen liegt. Diese Grenze hat Liestal noch lange nicht erreicht und bevor man sich mit dem Verkauf von Aktiven befasst, wäre eine quantitative Analyse schon noch wichtig. Auch möchte er die im SBK-Bericht erwähnte wichtige Schulweg-Sicherheit ebenfalls unterstreichen.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass es seine Fraktion ebenfalls übertrieben finde, dass gleich drei Kommissionen bzw. der halbe Einwohnerrat dasselbe Geschäft vorberaten. Den EP hat man erfreut zur Kenntnis genommen, doch möchte sie gewisse Vorbehalte betreffend der Wachstumsstrategie sowie den Kostensteigerungen im Sozialhilfebereich anbringen. Die Pensionskassen-Problematik scheint gar zu einem Fass ohne Boden zu werden. Die SVP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, er möchte nach den positiven Würdigungen des EP 2016-2020 durch die Vorredner doch noch ein paar kritische Überlegungen vorbringen. Die Zahlen im EP sind nachvollziehbar und dieser hat einen konsistenten Aufbau. Tendenziell werden die späteren Jahre positiver prognostiziert, als sie schlussendlich in Tat und Wahrheit sein dürften. So werden mit der Unternehmenssteuerreform die Steuereinnahmen der juristischen Personen bestimmt sinken. Der Stellenplan ist zwar konstant, doch sagt dieser überhaupt nichts aus über die Kosten. Das Jahr 2020 wird viel zu positiv prognostiziert und das Vorsichtsprinzip nicht eingehalten. Bis ins 2020 werden rund CHF 72 Mio. investiert und schlussendlich dürfte sich die Schuldengrenze schon im Rahmen von rund CHF 100 Mio. bewegen. Mit der heutigen Selbstfinanzierungskraft können rund CHF 5 Mio. pro Jahr nicht selbst finanziert werden, womit Liestal ein gravierendes strukturelles Defizit hat. Die Investitionstabelle ist nicht vollständig und im EP sollten sämtliche Anlagen mit ihrem Investitionsbedarf aufgelistet werden. Im Zusammenhang mit den Investitionen sollten auch Priorisierungen bezüglich Wichtigkeit und Dringlichkeit im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung vorgenommen werden. War der kürzlich bewilligte Kredit an das Rebgarten-Parkhaus wichtig und ist beispielsweise die Rathausstrassen-Erneuerung nötig, damit Liestal seine Aufgaben erfüllen kann? Auch finde er die Qualität der in den letzten Jahren getätigten Investitionen im Zusammenhang mit der Belagserneuerung in der Allee, der Bushaltestelle Poststrasse usw. nicht sehr hoch, mussten doch bereits Reparatur- und Korrekturmassnahmen vorgenommen werden. Die Selbstfinanzierungskraft muss gesteigert werden können und dies ist mit einer Effizienzsteigerung in der Verwaltung möglich, indem man eine Kostenträgerrechnung erstellt. Früher oder später wird wieder einmal eine Rezession kommen und seine Frage betreffend möglichen Massnahmen ist vom Stadtpräsidenten mit linearen Kürzungen bei den Ausgaben, der Senkung von Investitionen und Steuererhöhungen beantwortet worden. Eine Effizienzsteigerung in der Verwaltung wurde von ihm als mögliche Massnahme nicht erwähnt. Liestal lobt sich immer wieder selbst und doch sollte man vielleicht einmal kritisch hinterfragen, ist denn Liestal tatsächlich so viel besser als es teurer ist beim Vergleich mit den anderen Gemeinden? Bei der Vorwärts- und Wachstumsstrategie vergisst man immer wieder die Sprungkosten und Risiken, die man ausser Betracht lässt. All die Chancen und Risiken einer Vorwärtsstrategie müssten im EP ausgewiesen werden, damit man sich auch entscheiden kann, ob man nicht doch lieber die Bewahrungsstrategie weiter verfolgen möchte, wie dies beispielsweise Arlesheim vor eine paar Tagen entschieden hatte. Die Kenntnisnahme des Entwicklungsplanes als Ratsbeschluss ist absolut lächerlich und macht auch inhaltlich keinen Sinn. Vielmehr sollte doch der Einwohnerrat in die Pflicht genommen werden, indem er den EP genehmigt oder aber ablehnt. Mit einem diesbezüglichen Vorstoss könnte dieser Umstand geändert werden.

g) Einzelredner: Stellungnahmen

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, dass die Grüne Fraktion sehr enttäuscht sei, dass im neuen EP trotz vielen, deutlichen und energierelevanten Beschlüssen der letzten Jahre kein einziges Wort zum Thema Energie zu lesen ist. So hatte der Rat grossmehrheitlich im Zusammenhang mit dem letzten EP 2015-2019 einen BPK-Antrag gutgeheissen, welcher eine Energiebuchhaltung verlangt hatte. Leider datiert die letzte Energiestatistik auf der Homepage immer noch aus dem Jahre 2013. Die Energiestadt Liestal kann es sich nebst dem Imageverlust nicht leisten, auf das wichtige Instrument der Erfolgskontrolle zu verzichten. Vom Stadtbauamt ist ihm versichert worden, dass eine aktualisierte Energiestatistik noch im Mai 2016 aufgeschaltet wird.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt Bezug auf die verschiedenen vorgängigen Voten und möchte zu einigen Punkten noch kurz Stellung nehmen. Die von Ratsmitglied Gerhard Schafroth immer wieder ausgeübte Kassandrafunktion wird uns schon fehlen, wenn er diesem Rat nicht mehr angehören wird. Selbstverständlich wird man betreffend der Zielsetzung für ein Stützen der Selbstfinanzierung im Stadtrat und auch Einwohnerrat gefordert sein. Ein Ver-

kauf von Aktiven zu Gunsten einer Alimentierung der Erfolgsrechnung kommt für ihn aber überhaupt nicht in Frage, ausser man könnte damit etwas Neues mit bestehendem Wert schaffen. Solche und weitere Vorschläge aus dem Rat werden im nächsten EP sicher thematisiert. Dementieren möchte er die Aussage, dass der EP vom Stadtrat geschönt wurde. Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform sind nicht ansatzweise erkenn- und abschätzbar, doch wird es kompensatorische Massnahmen in der Folge benötigen. Die Verwaltung ist sehr produktiv unterwegs und basierend auf Kennzahlenvergleichen mit anderen Gemeinden kann er hier sagen, dass diese sehr effizient und kostengünstig ist. Und sollte man diese noch mehr auspressen wollen, so müsste man auch über Dienstleistungsverzichte diskutieren. Das vom FDP-Fraktionssprecher gemachte Versprechen wird man hoffentlich einlösen müssen und somit wären wohl an den nächsten Fraktionssitzungen auch kurze Gesangsproben nötig.

h) Anträge

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden, weshalb sie nun über die vorliegenden Anträge des Stadtrates abstimmen lässt, welche ja von allen Kommissionen unterstützt werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig den Entwicklungs- und Finanzplan 2016-2020 der vier Rechnungskreise (Einwohnerkasse, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung) zur Kenntnis.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Stellenplan einstimmig zur Kenntnis.

358 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Roman Schmied (GL) - Schauenburgerkreisel, Gestaltung

Wem gehört das Auge des Schauenburgerkreisels auf der Rheinstrasse? Kann die Stadt dort ein Kunstwerk aufstellen, um die Stadtbesucher zu begrüßen, so wie in Pratteln, Zwingen, Visp und anderswo?

Stadtrat Franz Kaufmann: Das Auge des Schauenburgerkreisels gehört zu den Parzellen 3541 und 5428, welche beide im Eigentum des Kantons Basel-Landschaft sind. Allfällige Veränderungen des Kreiselinneren wären mit dem Eigentümer abzusprechen.

2. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Gräberauflösung

Die betreffenden Personen werden jeweils vor Weihnachten informiert, dass die Gräber von Angehörigen aufgelöst werden. Die Auflösung von Gräber bedeutet ein endgültiges Abschiednehmen und ist mit vielen Emotionen verbunden. Die Information vor Weihnachten finde ich nicht sehr geschickt. Neu fand durch die Kirchen ein Abschiedsgottesdienst statt, was sehr begrüsst wurde. Meine Frage: Wäre es nicht möglich, die betroffenen Personen anstatt vor Weihnachten bereits im Herbst zu informieren und für die effektive Räumung von Grabstein, etc. mehr Zeit einzuräumen?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Anregung ist gut und wird künftig in den den Arbeitsablauf aufgenommen.

3. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) - Seltisbergerstrasse, Sanierung

Hier wurden auch seitens der Stadt betreffend Verbreiterung der Strasse Einsprache erhoben. Wie ist heute der aktuelle Stand? Hat die Einführung der Zone 30 eine Chance?

Stadtrat Franz Kaufmann: Am 22. Januar 2016 wurde eine Verständigungsverhandlung zwischen dem Stadtbauamt Liestal und dem Tiefbauamt geführt. In dieser Verhandlung wurde vom Tiefbauamt versucht, eine Lösung zu finden, die zum Rückzug der Einsprache der Stadt Liestal führt. Die Stadt Liestal hält dennoch an der Einsprache fest. Vom Tiefbauamt wurde der Stadt Liestal eine zusätzliche Frist eingeräumt, um zu überprüfen, ob die Einsprache aufrechterhalten wird oder ob diese zurückgezogen wird. Tempo 30 dürfte dort wenig Chancen haben.

4. Frage / Werner Fischer (FDP) - Meyer-Wiggli-Strasse, Parkplätze

An der Meyer-Wiggli-Strasse, vor den Ziegelhof Räumen, sind 5 öffentliche gebührenpflichtige Parkplätze nun als Private Parkplätze ausgeschildert.

Ist dies mit der Stadt Liestal abgesprochen und welche Fristen gelten für die Aufhebung öffentlicher Parkplätze?

Werden um die Gebäude des Ziegelhofs noch weitere Parkplätze verschwinden?

Gibt es für diese Parkplätze ein Ersatzstandort?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die gebührenpflichtigen Parkplätze an der Meyer-Wiggli-Strasse wurden in Absprache mit der Stadt aufgehoben. Diese Parkplätze waren nur eine Zwischenlösung, solange das Ziegelhofareal nicht genutzt wurde. Da das Ziegelhofareal nun wieder genutzt wird und die Rampen wieder benötigt werden, sind die öffentlichen Parkplätze zu entfernen. Für diese Parkplätze stehen keine Ersatzparkplätze zur Verfügung, da sie eine temporäre Lösung waren.

5. Frage / Werner Fischer (FDP) - Abfallsäcke

Das Ziel der Abfallunterflurcontainer im Stedtli ist, dass keine Abfallsäcke die Einkaufszone verschandeln. Es erstaunt mich aber, dass Abfallsäcke, die nicht korrekt mit Gebührenmarken beklebt sind, sogar teilweise aufgerissen am Strassenrand zurückgelassen werden.

Ist dies im Sinne der Stadt und der Bereichsleitung?

Werden in Zukunft bessere Lösungen angestrebt?

Stadträtin Regula Nebiker: Ja, es werden bessere Lösungen gesucht. Seit bald 3 Jahren sind die Unterflurcontainer in Betrieb und es ist nicht alles so einfach gelaufen. Die Probleme und Fragen wurden gesammelt und werden ausgewertet. Im Zusammenhang mit der Rathausstrassen-Erneuerung muss die ganze Abfallentsorgung in der Innenstadt grundsätzlich neu überlegt werden. Zwischenzeitlich müssen halt die illegal abgestellten Abfallsäcken von den Betrieben weggeräumt werden und gegebenenfalls Übertretungen geahndet.

6. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Marktpostulat

Am 25.3.15 ist dieses Postulat an den SR überwiesen worden. Die Initianten dieses Vorstosses haben erwartet, an den «runden Tisch» eingeladen zu werden, um ihre Ideen einzubringen. Warum ist das bis heute nicht erfolgt?

Stadträtin Marion Schafroth: Im Postulat wurde verlangt, dass alle interessierten Kreise zu einer Auslegeordnung eingeladen werden. Zum Zeitpunkt der Postulatsüberweisung war bereits eine Arbeitsgruppe an der Arbeit, in welcher alle relevanten Kreise vertreten waren. Verschiedene Massnahmen wurden bereits umgesetzt, doch der Schlussbericht wird erst nach Abschluss der Rathausstrassen-Erneuerung vorgelegt. Die Attraktivität des Liestaler-Marktes konnte gesteigert werden, hatten doch beim letzten Markt über 100 Marktfahrende teilgenommen. Die neue Marktverordnung wird im zweiten Semester 2016 in eine breite Vernehmlassung gegeben, so dass sie ab 1. Januar 2018, nach der Sanierung der Rathausstrasse, umgesetzt werden kann.

7. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) - Hallo Biber

Wurde der Stadtrat über die vom Kanton geplante Rodung des Bibergebietes entlang der Ergolz orientiert? Ist er bereit, zu intervenieren, damit solche Zerstörungen in Zukunft verhindert werden?

Stadtrat Franz Kaufmann: Der Gewässerunterhalt ist in der alleinigen Obhut des kantonalen Tiefbauamts und verschiedene Arbeiten werden ohne Rücksprache oder Voranzeige an die Stadt ausgeführt. Der Stadtrat ist bereit, das Thema an einer der nächsten regelmässigen Besprechungen mit der BUD anzusprechen.

8. Frage / Marianne Quensel (SP) - Kindergarten Oskar-Bieder-Quartier

Der Kindergarten im Oskar-Bieder-Quartier steht nun schon länger leer. Was geschieht damit?

Stadtrat Franz Kaufmann: Der Stadtrat hatte im Dezember 2015 die Masterplanung Schulraum beschlossen. Darin wird der Standort Kindergarten Gräubern aufgehoben. Abklärungen und Verhandlungen für einen möglichen Verkauf wurden durch das Stadtbauamt aufgenommen.

359 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Jugendleitbild der Stadt Liestal - Berichte Stadtrat sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (Nr. 2015/219a)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Verena Baumgartner (GL) stellt als Vorsitzende der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2015/219a vor: Das letzte Konzept stammte aus dem Jahr 1990 und so freute sich die SBK auf die Vorberaterung des neuen Jugendleitbildes. Dieses ist unverbindlich formuliert, damit eine flexible Anwendung möglich ist und wieder für mehrere Jahre gültig sein kann. Der SBK ist dann die Controlling-Tabelle vorgestellt worden, in welcher die Umsetzung des Leitbildes festgehalten wird. Diese kann auch von der SBK eingesehen werden. Auch die von der Jugendkommission definierten sechs Handlungsfelder sind von der Kommission beraten und als Ordnung befunden worden. Die diesbezüglich wichtigsten Punkte der Kommissionsberatung sind im Bericht aufgeführt. Die Kommission beantragt dem Rat einstimmig, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen und das Jugendleitbild zur Kenntnis zu nehmen.

Dominique Meschberger (SP) äussert, die SBK hatte anfänglich Mühe damit, dass im Leitbild keine Ziele formuliert wurden, doch hatte man dann zustimmend von der Controlling-Tabelle Kenntnis genommen. Das Leitbild sollte weniger von der Problem- und Präventionsstellung her betrachtet werden, denn Jugendliche sind ja nicht grundsätzlich ein Problem, sondern ein Teil unserer Gesellschaft, welchem man beim Erwachsenwerden unterstützend helfen kann. Ihre Fraktion ist gespannt auf die jährlich erscheinende Controlling-Tabelle und wird dem Antrag des Stadtrates sowie der SBK zustimmen.

Georg Ambühl (SVP) erklärt, auch die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen zu. Es wird sicher interessant werden, die Fortschritte der Controlling-Liste zur Kenntnis nehmen und kontrollieren zu können.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass das Jugendleitbild ein übersichtliches, offen formuliertes und somit flexibles Werk und Dokument geworden ist, bei welchem konkrete Massnahmen zeitgerecht angepasst werden können. Besonders erfreut habe man vom Handlungsfeld betreffend der Jugendarbeit in den Vereinen und dem jugendgerechten öffentlichen Raum Kenntnis genommen, was man beispielsweise auch bei den künftigen Quartierplanungen berücksichtigen müsste. Die Mittefraktion wird das Jugendleitbild ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

Michael Durrer (GL) findet es gut, dass bei der Jugendkonzept-Erarbeitung die Jugendlichen, Vereine usw. mit einbezogen wurden. Wie wichtig die Flexibilität bei einem solchen Leitbild ist, zeigt sich wohl am besten, wenn man das alte und neue Leitbild vergleicht. Beim neuen Jugendleitbild kann man rasch auf veränderte Umstände reagieren.

Daniela Reichenstein (FDP) meint, auch die FDP-Fraktion werde den Anträgen zustimmen. Das Jugendleitbild ist ein gutes Strategiepapier und in den Handlungsfeldern sind die Ziele formuliert worden. Es überzeugt auch dadurch, weil bei der Erarbeitung nebst Fachpersonen auch die Jugendlichen selbst involviert wurden. Begrüssenswert ist zudem, dass der Massnahmenplan jährlich vorgelegt wird. Die Flexibilität des Leitbildes ist genau im vorliegenden Fall sinnvoll und nötig, da beispielsweise die Trends bei den Jugendlichen sehr häufig wechseln.

Stadträtin Marion Schafroth meint, was lange währte, wurde nun doch noch gut. Die Erarbeitung des neuen Leitbildes war ein langer Prozess und so freut sie sich heute über die gute Aufnahme im Rat. Das Werk ist von Liestalern für Liestal geschaffen worden und ist flexibel. Die einleitenden Worte im Leitbild werden abmachungsgemäss noch so geändert und mit denjenigen Erklärungen ergänzt, wie sie der SBK anfangs der Kommissionsberatung abgegeben wurden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Jugendleitbild der Stadt Liestal wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

360 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Prüfung Leistungsverträge der Abteilungen Sozialberatung und Jugend/Alter/Gesundheit - Bericht Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2016/241)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) hält die wichtigsten Punkte des Berichtes der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GPK) gemäss Vorlage Nr. 2016/241 fest: Im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2013/80 wurde bereits im Jahr 2013 ein Folgebericht der GPK in Aussicht gestellt. Die Stadt vergibt viele Aufgaben an Dritte, was mit Leistungsverträgen zu regeln ist. Die GPK hatte geprüft, inwieweit diese Verträge der Abteilungen Sozialberatung und Jugend/Alter/Integration/Gesundheit eingehalten werden. Verschiedene Fragen der Kommission sind von den Bereichsverantwortlichen beantwortet worden. Das Jugendleitbild war ja erst an der heutigen Ratssitzung thematisiert worden, weshalb diesbezüglich Abklärungen durch die GPK auch nicht möglich waren. Bezüglich den einzelnen Berichtspunkten zu den Leistungsverträgen wird auf die Vorlage Nr. 2016/241 verwiesen und dem Rat die Kenntnisnahme des GPK-Berichtes beantragt.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) berichtet, dass die Einsichtnahme in die verschiedenen Leistungsverträge sehr interessant und informativ war. Seine Fraktion wird den GPK-Bericht einstimmig zur Kenntnis nehmen.

Anna Ott (GL) orientiert, dass die Leistungsverträge gehalten und bei neuen Verträgen beispielsweise die Empfehlungen der GPK berücksichtigt wurden. Betreffend der Mütter- und Väterberatung hatte man in der Vergangenheit immer ein etwas ungutes Gefühl, doch gemäss den GPK-Abklärungen scheint auch diese Leistungserbringung zu funktionieren. Ihre Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Werner Fischer (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion stimme dem GPK-Antrag zu. Die periodische Überprüfung solcher Verträge durch die GPK macht durchaus Sinn.

Hanspeter Stoll (SP) teilt mit, dass der Bericht recht informativ ist und die fundierten Abklärungen auch wegen der Beharrlichkeit des Kommissionspräsidenten möglich waren. Auch die SP-Fraktion wird den GPK-Bericht zur Kenntnis nehmen.

Stadträtin Marion Schafroth dankt für die gute Aufnahme im Rat und unterstreicht das Votum ihres Vorredners.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Geschäft und dem GPK-Bericht keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission gemäss Vorlage Nr. 2016/241.

361 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Reservoir Auf Berg - Instandsetzung/Teilersatz von Reservoir Auf Berg (Nr. 2016/236)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Die Fraktions- und Einzelsprecher möchten sich nun zum Vorschlag des Büros betreffend der Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) äussern.

Thomas Eugster (FDP) gibt bekannt, dass seine Fraktion die Vorberatung der stadträtlichen Vorlage durch die BPK befürworte. Wie bei der kürzlich hier im Rat behandelten Vorlage „Messstation“ wird auch beim vorliegenden Geschäft ein Investitionskredit von mehreren Millionen Franken beantragt, welcher auf Richtofferten und Kostenschätzungen basiert. Beim nun vorliegenden Geschäft besteht jedoch kein Zeitdruck im Zusammenhang mit der Kommissionsberatung.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) orientiert, die Mittefraktion unterstütze eine Vorberatung durch die BPK ebenfalls.

Markus Rudin (SVP) führt aus, auch die SVP-Fraktion befürworte eine Vorberatung der stadträtlichen Vorlage durch die BPK.

Patrick Mägli (SP) teilt mit, auch seine Fraktion unterstütze eine Überweisung des Geschäfts an die BPK zur Vorberatung.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat unterstützt den Vorschlag des Büros und überweist einstimmig die Vorlage Nr. 2016/236 an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung.

362 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Rathausstrassen-Erneuerung - Kreditvorlage „Neue Rathausstrasse“ (Nr. 2016/239)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen wird, wozu sich der Rat nun äussern möchte.

Diego Stoll (SP) meint, er möchte sich eigentlich noch gerne als Mitunterzeichner des Postulates Nr. 2014/131 zur Vorlage äussern, doch steht ja nur die weitere Behandlung der stadträtlichen Vorlage zur Diskussion. Die SP-Fraktion stimmt der Überweisung der Vorlage an die BPK zu. Kann man sich denn später noch zum Inhalt der Vorlage äussern?

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) erklärt, dass bei einer Überweisung der Kreditvorlage an die BPK die Debatte hier im Rat erst nach Vorliegen des Kommissionsberichtes an einer nächsten Sitzung geführt wird.

Werner Fischer (FDP) erläutert, auch seine Fraktion unterstütze eine Vorberatung durch die BPK. Die beauftragte Firma Stauffenegger + Stutz GmbH hat soeben die Dorfkerngestaltung in Riehen abgeschlossen. An die Tiefbaufirmen wurden sehr hohe und nicht erfüllbare Anforderungen gestellt, welche dann nachträglich nach unten korrigiert werden mussten, was in einem laufenden Verfahren nicht üblich und statthaft ist. Die schmale Edelstahlrinne in der Strassenmitte könnte Unterhaltsprobleme geben, es sind keine Schächte sowie Putzöffnungen vorgesehen, die verzinkten Metallbänder bei der Edelstahlrinne könnten Korrosionsschäden geben, Granitstreifen enden vor Fassaden und könnte zu Frostschäden führen, die Granitabläufe werden wohl den geforderten Achslasten nicht standhalten können und in der Offerte ist ein maschineller Asphaltbelag-Einbau vorgesehen, was bei einigen Teilflächen aber gar nicht möglich sein wird. Die Submission müsste von der BPK genau angeschaut werden, obwohl der Auftrag mit Vorbehalt betreffend der Kreditbewilligung durch den Einwohnerrat bereits erteilt wurde. Auch sind in der Ausschreibung noch unquantifizierte Positionen erwähnt, welche zu Mehrkosten führen werden.

Anna Ott (GL) informiert, auch die Grüne Fraktion unterstütze den Vorschlag für eine Vorberatung durch die BPK. Die Möblierung wird wesentlich dazu beitragen, ob man in der Rathausstrasse verweilt oder nicht. Wegen dem Chienbäse wird wohl eine Anpflanzung von Bäumen nicht möglich sein, dennoch sollte noch etwas Grünes in der Rathausstrasse stehen. Beim Beleuchtungskonzept sollte eine reduzierte Beleuchtung während der Nacht möglich sein. Die Montage eines Pollers beim Strasseneingang würde die Kontrolle erleichtern, ob tatsächlich nur Berechtigte die Rathausstrasse befahren.

Markus Rudin (SVP) äussert, die SVP-Fraktion werde einer Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch die Mittefraktion befürworte eine Vorberatung durch die BPK. Ihre Fraktion möchte, dass die Investitionen im Gesamtrahmen der künftigen Investitionen angeschaut werden und dass die Kostenaufteilung zwischen der Einwohnerkasse und den Regiekassen bekannt ist.

Stadtrat Franz Kaufmann freut es, dass das Projekt vom Rat nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Die technischen Fragen und Begehrlichkeiten der Vorredner können sicher in der Kommissionsberatung der BPK thematisiert werden. Ein ähnlicher Fall wie in der Allee darf sich sicher nicht noch einmal wiederholen.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat unterstützt den Vorschlag des Büros und überweist die Vorlage Nr. 2016/239 einstimmig an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung.

363 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Rathausstrassen-Sponsoring - Bericht Stadtrat zum Postulat „Sponsoring für unsere Rathausstrasse“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2014/156)

Ratspräsident Meret Franke (GL) hält fest, dass nun das Postulat „Rathausstrassen-Sponsoring“ gemäss vorgängig beschlossener Traktandenlisten-Änderung beraten wird.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) dankt als Postulant für den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/156a, doch kann er dem Stadtrat dafür nur die Note 3 ½ geben, da in der Antwort der nötige Mut fehlt, etwas Besonderes erreichen zu können. Gemäss vorgängig beratener Vorlage Nr. 2016/239 belaufen sich die Strassensanierungskosten auf total rund CHF 4 Mio. und er ist der Meinung, dass die Kosten von rund CHF 1 Mio. mit einem ausserordentlichen Sponsoring finanziert werden könnten, wie er es in seinem Vorstoss vorschlägt. Damit könnten die Stadtfinanzen um diesen Betrag verschont werden. Die fast einjährige Bauzeit wird für alle Anwohner und Geschäfte in der Rathausstrasse schwierig werden und die Wiederbelebung dieser Strasse bedarf aussergewöhnlicher Massnahmen wie beispielsweise das vorgeschlagene Sponsoring, obwohl dies nicht einfach wird. Im Sponsoringkonzept sollte auch definiert sein, dass man auch sehen soll, wer die Strassenerneuerung mitfinanziert und gesponsort hat. Seine Idee eines m2-Sponsorings steht für ihn immer noch im Vordergrund, indem die Sponsoren in einem Zylinder eingraviert werden, welche dann in der Strasse eingebaut werden. Diverse Interessenten haben sich nach der Einreichung seines Vorstosses bereits bei ihm gemeldet. Da es sich bei diesem Geschäft auch um eine finanzpolitische Angelegenheit handelt, sollte das Geschäft nicht nur an die BPK, sondern auch die FIKO zur Vorberatung überwiesen werden. Keinesfalls sollte das Postulat an der heutigen Sitzung abgeschlossen werden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) möchte wissen, ob nun noch ein Antrag für die Überweisung an die einte oder andere Kommission eingereicht wird.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) stellt den Antrag, dass das Geschäft an die BPK und auch an die FIKO zur Vorberatung überwiesen wird.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) informiert, in der Mittefraktion werden nach wie vor unterschiedliche Meinungen betreffen dem Postulat vertreten. Die Überweisung einer stadträtlichen Postulatsbeantwortung an eine Kommission ist unüblich und lässt dem Geschäft eine nicht angebrachte Bedeutung zukommen. Die BPK kann die stadträtliche Antwort zum Postulat gegebenenfalls bei der Beratung der Vorlage Nr. 2016/239 noch thematisieren, doch dafür braucht es keine Überweisung des Geschäfts an die BPK.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass eine FIKO-Beratung keinen Sinn macht, liegt doch beispielsweise kein Sponsoring-Konzept vor. Sollte das Geschäft in einer Kommission noch beraten werden, so müsste dies wohl eher durch die BPK passieren. Auch ist es nicht verboten, dass jemand der Stadt Geld sponsort und so könnte das Konzept auch auf privater Basis entwickelt werden. Auch die Weihnachtsbeleuchtung ist beispielsweise auf privater Basis finanziert worden. Seine Fraktion stimmt einer BPK-Vorberatung zu.

Diego Stoll (SP) legt dar, dass die BPK das Geschäft „Rathausstrassen-Sponsoring“ durchaus auch noch kurz thematisieren und anschauen könnte, doch wird er sich als BPK-Präsident dafür einsehen, dass der Hauptaugenmerk der Bauvorlage gewidmet wird. Er selbst finde den stadträtlichen Vorschlag gemäss Postulatsbeantwortung und Bericht Nr. 2014/156a gut.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, dass die Beschaffung von CHF 1 Mio. schon einiges braucht, da ja die meisten Sponsoren sich bereits als Steuerzahler an den Erneuerungskosten der Strasse finanziell beteiligen. Auch dürfte der stadträtliche Gegenvorschlag für ein Steinband-Sponsoring wohl einfacher sein als der Einbau von Messinghülsen. Er kann das Votum des FIKO-Präsidenten Daniel Spinnler betreffend einem Sponsoring auf privater Basis unterstützen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) äussert, dass er seinen Antrag betreffend einer Vorberatung durch die FIKO zurückzieht. Auch möchte er darauf hinweisen, dass Sponsorengelder im Vergleich zu Steuergeldern doch zweckgebunden zu verwenden sind. Versichern möchte er bereits an dieser Stelle, dass die Verwaltung bei einer Umsetzung des Sponsoring-Konzeptes nicht involviert wäre, da dies KMU Liestal übernehmen würde. Von der Zunft zum Stab ist beispielsweise bereits eine Unterstützung des Rathausstrassen-Sponsorings zugesichert worden.

Roman Schmied (GL) betont, dass sich der Rat nun doch mit einem sehr seltsamen Antrag befassen muss. Das Sponsoring ist nicht kostendeckend und so kann höchstens mit einem Sponsoren-Teilbeitrag sein Ego in den Vordergrund gestellt werden, indem man seinen Namen auf einem Messingbolzen oder einem Schildchen verewigt. Er findet es etwas bizarr und kann ein solches Sponsoring nicht unterstützen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) fragt sich schon auch, ob der Rat nun stadträtliche Postulatsantworten neu noch an einwohnerrätliche Kommissionen zur Vorberatung überweisen soll oder nicht. Er sieht keinen Grund, weshalb man das nun diskutierte Postulat anders gewichtet und diesem einen Stellenwert einräumt, welches dieses gar nicht verdient.

Anna Ott (GL) stellt den Ordnungsantrag, dass nun über den Antrag des Postulanten betreffend einer Überweisung an die BPK abgestimmt wird. Es ist schon etwas paradox, dass wir hier im Rat länger über den Antrag des Postulanten diskutieren als über die Rathausstrassen-Erneuerung selbst.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der stadträtliche Bericht Nr. 2014/156a zum Postulat „Rathausstrassen-Sponsoring“ wird mit grossem Mehr an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

364 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Quartierplan Hanro-Areal (Nr. 2016/240)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen wird, wozu sich der Rat nun äussern möchte.

Pascal Porchet (FDP) informiert, die FDP-Fraktion unterstütze die Überweisung an die BPK.

Markus Rudin (SVP) äussert, auch seine Fraktion werde der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen.

Patrick Mägli (SP) bemerkt, dass die SP-Fraktion den Vorschlag des Büros unterstützen wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) teilt mit, auch seine Fraktion begrüsse eine Vorberatung durch die BPK.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, auch die Mittefraktion unterstütze den Vorschlag des Büros für eine Vorberatung der stadträtlichen Vorlage durch die BPK.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2016/240 an die Bau- und Planungskommission zur Vorberatung.

365 0.01.011.01 Einwohnerrat

14. Wahlbüroöffnungszeiten - Postulat „Anpassung der Öffnungszeiten des Wahlbüros“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2016/227)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Liestal, 20. Januar 2016

Postulat: Anpassung der Öffnungszeiten des Wahlbüros

In den vergangenen Jahren wurde und wird die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe immer beliebter. Schon vor langer Zeit wurden daher die Stimmlokale in den Quartieren aufgehoben. Heute sind die Wahlurnen im Rathaus noch am Samstag- und Sonntagvormittag geöffnet. Gerade am Samstagmorgen stimmt allerdings praktisch niemand mehr persönlich ab. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass man sein (unterschriebenes) Stimmcouvert bis am Samstagnachmittag auch bequem in den Briefkasten der Stadt einwerfen kann, um rechtsgültig abzustimmen. Es scheint, als sei es heutzutage überflüssig, das Wahlbüro am Samstagvormittag zu öffnen resp. während dieser Zeitspanne Wahlbüromitglieder zu beschäftigen. Auch wenn sich durch eine Anpassung der Öffnungszeiten des Wahlbüros letztlich nur ein kleiner Betrag wird einsparen lassen, ist es doch Geld, das andernorts wohl sinnvoller ausgegeben werden kann. In anderen Gemeinden besteht denn auch schon länger keine Möglichkeit mehr, am Samstag persönlich abstimmen zu gehen.

Wir ersuchen den Stadtrat daher, die Schliessung des Wahlbüros im Rathaus am Samstag zu prüfen.

*Stefan Fraefel
CVP/EVP/GLP-Fraktion*

*Diego Stoll
SP-Fraktion*

Stadtpräsident Lukas Ott sagt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen. Wie man im Liestal aktuell vom 14. April 2016 bereits lesen konnte, ist vom Stadtrat anfangs März der Entscheid gefällt worden, dass das Wahllokal ab 1. Juli 2016 nur noch sonntags geöffnet ist.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Postulant fest, dass sich die Postulanten damit einverstanden erklären können, dass das Postulat nach der mündlichen Beantwortung durch den Stadtpräsidenten gleich wieder abgeschrieben werden kann.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Vorstoss keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

::: Das Postulat Nr. 2016/227 wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

::: Nach der Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat wird vom Rat der Vorstoss einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.
Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass vom Angebot keine Ratsmitglieder Gebrauch machen.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann